



Inflation bekämpfen – Europäische Wirtschaft schützen

Die horrende Inflation belastet nicht nur Europa, sondern auch die USA. Um der Wirtschaft zu helfen, geben die USA unvorstellbare Summen aus. Der Pferdefuß: Von den Hilfen profitieren ausschließlich heimische Unternehmen. Die EU-Kommission arbeitet bereits an einem Fitnessprogramm für Europa, verhandelt mit Washington. Und die Bundesregierung? Legt die Hände in den Schoß.

Von selbst geht die Inflation kaum wieder weg - das haben die USA verstanden. Deshalb haben sie ein Paket in dreistelliger Milliardenhöhe geschnürt. Gefördert werden damit Unternehmen, die in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien investieren, also in zukunftsträchtige Bereiche. Bedingung: Die Produkte müssen auf heimischem Boden hergestellt werden. Das bedeutet: Europäische Unternehmen gehen entweder leer aus oder verlagern ihr Geschäft in die USA. Die EU-Kommission will am 1. Februar einen Plan zum Schutz der europäischen Wirtschaft vorstellen. Auch sie will Innovationen in Zukunftstechnologien fördern, damit Europa international wettbewerbsfähig bleibt. Um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Wichtig ist aber, dass die USA und Europa sich nicht gegenseitig das Leben schwer machen. Der Blick auf Russland, der Blick nach China zeigt: die transatlantische Partnerschaft wichtiger denn je.

Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung schwächt den Standort Deutschland und Europa. Nicht nur versäumt sie weiterhin entschlossene Maßnahmen zur Sicherung des Energieangebots. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Weder der Bundeskanzler noch der Bundeswirtschaftsminister haben bislang eine überzeugende und umfassende Strategie für eine europäische Antwort vorgelegt. Das Führungsvakuum in Europa unter dieser Bundesregierung zeigt sich erneut deutlich. Mit jeder verlorenen Woche fallen mehr Investitionsentscheidungen für die USA und damit gegen Deutschland und Europa.

Auch die USA sollten ein Interesse daran haben, dass ihr U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung so ausgestaltet wird, dass es nicht zu weiteren Spannungen in den Handelsbeziehungen mit der EU kommt. Angesichts der aktuellen Herausforderungen und geopolitischen Umwälzungen brauchen wir eine starke transatlantische Partnerschaft mehr denn je.

CDU und CSU haben konkrete Vorstellungen, wie eine Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung aussehen kann. Sie setzen sich für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen mit amerikanischen ein. Damit Betriebe nicht in die USA abwandern, wollen sie eine Förderung von Zukunftstechnologien in der EU. Zum Beispiel der Wasserstofftechnologie. Fördertöpfe dafür hat die EU genug. Neue Schulden aufzunehmen ist unnötig.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



der Beginn des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine währt bald schon ein ganzes Jahr. Es ist Russland trotz eines massiven Aufgebots und einer Kriegsführung, die Kriegsverbrechen ohne Rücksicht auf das internationale Recht gezielt in Kauf nimmt, nicht gelungen, die Ukraine zu unterwerfen. Um in diesem Kampf zu bestehen, ist die Ukraine dringend auf unsere Hilfe angewiesen. Daher begrüße ich die Entscheidung der Bundesregierung zur Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine. Diese Entscheidung ist richtig und ich halte sie für angemessen. Gleichzeitig muss man aber kritisieren, dass der Entschluss mit großer zeitlicher Verzögerung gefasst wurde. Auf diese Weise ist diplomatischer Schaden für Deutschland in der EU und der NATO angerichtet worden, denn es gab keinen objektiven Grund, die Unterstützung so lange zu verzögern. Mit Blick auf die Unerbittlichkeit der russischen Kriegsführung und einer bevorstehenden Frühjahrsoffensive war die Entscheidung zur Lieferung von Kampfpanzern für die Ukraine sehr dringlich, ich hoffe nicht, dass die Lieferungen nun zur Abwehr der russischen Offensive zu spät kommen.

Bei der Unterstützerkonferenz für die Ukraine in Ramstein vorige Woche hat die Bundesregierung die Chance verpasst, gemeinsam mit den Partnern voranzugehen. Auch der deutsch-französische Ministerrat am letzten Wochenende ist eine verpasste Gelegenheit zum Schulterchluss gewesen. In Frankreich, der EU und der NATO ist so der Eindruck entstanden, dass man dieser Bundesregierung nicht trauen kann, dass man sie zu Entscheidungen drängen muss. Dieser Schaden, der bleibt auch über den Tag der Entscheidung hinaus leider bestehen. Deutschland ist mit dieser Politik, die auch noch sehr schlecht erklärt wird, international in eine Außenseiterrolle geraten. Niemand im Bundestag tut sich mit einer solchen Entscheidung leicht. Aber der Bundestag hat auf Initiative der Unionsfraktion bereits im vergangenen April die Regierung aufgefordert, die Ukraine mit schweren Waffen zu unterstützen und eine Führungsrolle einzunehmen, damit der Krieg schneller beendet werden kann. Neun Monate Zögern und Zaudern, das ist die „Deutschland-Geschwindigkeit“, die unsere europäischen Partner leider wahrnehmen müssen.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Jahreswirtschaftsbericht: Ampel hat keinen Plan in der Wirtschaftskrise

Der Jahreswirtschaftsbericht wird regelmäßig gespannt erwartet. Was der grüne Wirtschaftsminister daraus gemacht hat, ist das Wirtschaft, Energie und Klima werden nicht mehr gemeinsam gedacht werden.

Fakt aber ist: Die wirtschaftliche Lage in unserem Land ist angespannt. Viele Unternehmen und Betriebe stecken in der Kostenfalle, die Inflation belastet die Wertschöpfungsketten, die Konsumlaune ist schlecht. Gleichzeitig wird unser Standort im internationalen Wettbewerb durchgereicht.

Deutsche Spitzenunternehmen wie BASF, Bayer oder BioNTech schauen sich deshalb vermehrt im Ausland um und investieren dort. Die Ampel-Politik ist auf dem Weg, Deutschland vom Wachstumsmotor Europas zum Schlusslicht zu machen! Die Union hat im Jahreswirtschaftsbericht 2023 konkrete Antworten darauf erwartet, mit welcher Wirtschaftspolitik die Herausforderungen gemeistert werden sollen. Fehlanzeige. Ignoranz der Wirklichkeit. Schöne Versprechen der so genannten Fortschrittskoalition haben sich in Luft aufgelöst. Entlastungen bei Steuern und Abgaben, weniger Zettelwirtschaft, flexible Arbeitsmärkte, Freiraum für Innovationen, mehr Digitalisierung, mehr und bessere Fachkräfte spielen keine Rolle. Stattdessen ein ermüdetes Ampel-Sound: Zaudern, zögern, viele Worte, um das fehlende Gesamtkonzept in der Wirtschaftspolitik zu übertünchen. Das ist keine Wirtschaftspolitik, sondern Schlusslichtpolitik.

Es muss aber wieder um Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze gehen. Konkret: Heimische Kernkraftwerke müssen länger genutzt werden. Nur so senken wir die Preise, reduzieren Abhängigkeiten und sichern die Versorgung. Hoffnung hatten die Empfehlungen der Gaspreiskommission gemacht. Doch ihre Forderungen wurden von der Ampel so nicht umgesetzt. Wir brauchen eine echte Entlastung von der hohen Abgabenlast in Deutschland. Spürbarer Abbau von Dokumentationspflichten, stark verbesserte Vollzugs- und Praxistauglichkeit von Gesetzen, ein sofortiges Belastungsmotorium sind gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit gefragt. Denn unsere Unternehmen haben aktuell Wichtigeres zu tun, als sich gerade jetzt mit zusätzlichem Personal um immer neue Auflagen und Meldepflichten der Ampel-Koalition zu kümmern. Die Unionsfraktion hat Vorschläge für ein Sofortprogramm für die Wirtschaft vorgelegt. Für mehr „made in germany“. Das braucht es jetzt, dringender denn je!

Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau“ ist große Enttäuschung

Ampel ignoriert Hilferufe der Bauwirtschaft

Bauministerin Klara Geywitz hat diese Woche das neue Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau“ vorgestellt. Mit 750 Millionen Euro sollen ab 1. März 2023 energieeffiziente Neubauvorhaben gefördert werden.

Das neue Programm zur Neubauförderung ist eine große Enttäuschung. Die Bauministerin ignoriert damit die lauten Hilferufe der Bauwirtschaft. Dass die Ampel in Zeiten dramatisch einbrechender Wohnungsbaugenehmigungen die Neubauförderung radikal zusammenstreicht, ist ein fatales Signal an Investoren, Baubranche und Wohnungsmarkt insgesamt.

Die Bauministerin hat gerade eingestanden, dass das Ziel der Ampel, in dieser Wahlperiode 1,6 Millionen neue Wohnungen zu bauen, krachend scheitern wird. Vermutlich werden es gerade einmal die Hälfte. Aber anstatt beherzt gegenzusteuern und dem Wohnungsbau einen kräftigen Impuls zu geben, macht die Ampel das Gegenteil. Wir laufen damit in eine handfeste Krise auf dem Wohnungsmarkt. Leidtragende sind die hunderttausende Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind.

Die Wohnungsbauunternehmen benötigen eine klare und verlässliche Förderkulisse, die ihnen die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit gibt. Die Bundesregierung muss zudem endlich aufhören, durch immer strengere Standards und Auflagen die Baupreise weiter in die Höhe zu treiben. Das macht immer mehr Projekte unwirtschaftlich, so dass sie storniert werden müssen. Die Lücke beim Wohnungsbau wird größer und größer.

Bauen muss in Deutschland endlich einfacher und schneller und damit kostengünstiger werden. Die unübersehbare Vielzahl von Bauvorschriften muss radikal entschlackt, Bauprozesse müssen durch Vorfertigung vereinfacht sowie Planungsprozesse weiter beschleunigt und digitalisiert werden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2023,
27. Januar 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck